



JACQUES SANTER

Premierminister des Großherzogtums Luxemburg

ROLLE UND VERANTWORTUNG DER EG
BEIM WIRTSCHAFTLICHEN WIEDERAUFBAU DER
EHEMALIGEN OSTBLOCKSTAATEN

6. APRIL 1992



Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihre einleitenden Begrüßungsworte, die sehr schmeichelhaft ausgefallen sind, die ich aber nichtsdestoweniger dankbar entgegengenommen habe.

Meine Damen und Herren! Der politischen Befreiung, so hatten die meisten Bürger in Zentral- und Osteuropa gedacht, würde schnell und sozusagen spontan die wirtschaftliche Genesung folgen. Vom politischen Korsett befreit, so hatten sie gehofft, würden die Kräfte der Marktwirtschaft überhandnehmen und eine alles überwältigende Dynamik in Gang bringen. Diese unterschwellige Theorie beruhte natürlich mehr auf Glauben als auf rationalen, logisch stringenten Erkenntnissen.

Jetzt wird überall in Osteuropa sichtbar, daß diese Hoffnung getrogen hat, daß sich die Erwartungen nicht erfüllt haben. In den meisten osteuropäischen Ländern stoßen die Reformen. Es stellt sich heraus, daß das Ausmaß der Probleme viel größer ist, als man im Überschwang der Gefühle angenommen hatte.

Die kommunistischen Machthaber hatten meistens nur die Probleme übertüncht, versteckt. Sieht man sich die desolate Lage an, die sich hinter der Fassade verbirgt, die diese Machthaber sorgfältig aufgebaut hatten, so kann man sich fragen, wie lange dieses System noch hätte weiter funktionieren können. Auf jeden Fall wäre der Abstand zum Westen jeden Tag gewachsen. Da es nur im militärischen Bereich eine

gewisse Effizienz gab, so stellt sich zudem die Frage, ob angesichts dieser zunehmenden Diskrepanz in der Entwicklung der Systeme und den hieraus unweigerlich resultierenden sozialen Spannungen den östlichen Machthabern etwas anderes übriggeblieben wäre als irgendwann loszuschlagen, d. h. durch Krieg eine gewisse Gleichheit der Bedingungen herzustellen.

Um dem Entstehen einer solch unerträglichen Spannung vorzubeugen, um den Sozialismus als lebensfähiges Modell zu erhalten, versuchte Michail Gorbatschow das System zu reformieren. Bis zum Schluß wollte er nicht erkennen, daß dieses System nicht reformierbar sei. Es ersetzen wollte er nicht, konnte er vielleicht auch gar nicht. Auch seinem Nachfolger, wenn man denn Boris Jelzin als solchen bezeichnen darf, fällt dies, trotz aller radikalen Ansätze, äußerst schwer. Das schlimme Erbe steckt nicht nur in den Strukturen, es steckt auch und vor allem in den Köpfen. Unter dem kommunistischen Regime war der einzelne zu totaler Passivität verurteilt. Er erfüllte – genau wie sein Betrieb – das ihm zugeordnete Soll. Mehr zu tun lohnte sich nicht.

Produktionsrückgang und zunehmende Arbeitslosigkeit kennzeichnen fast alle ost-europäischen Staaten. Die lebensnotwendige Privatisierung kommt im allgemeinen nur schleppend voran. Starke Haushaltsdefizite und eine hohe Auslandsverschuldung kennzeichnen die meisten dieser Länder. Die Infrastruktur befindet sich in einem jämmerlichen Zustand.

Jahrzehntelang waren die Ökonomien der zentral- und osteuropäischen Staaten auf die Bedürfnisse innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – die Bezeichnung klingt wie blander Hohn – ausgerichtet. Die kleineren Mitglieder erhielten von der Sowjetunion die nötigen Rohstoffe zu einem an sich vorteilhaften Preis, mußten dafür aber den Hegemon mit verarbeiteten Produkten zu einem für diesen ebenfalls günstigen Preis versorgen. Der Zusammenbruch des RGW und die Umstellung des Handels auf den Dollar haben diese künstlich erhaltenen Handelsstrukturen zusammenbrechen lassen. Die frühere Sowjetunion sieht kein Interesse mehr darin, von den ehemaligen Bündnispartnern zu kaufen, was sie unter Umständen günstiger auf dem Weltmarkt erwerben kann, während die kleinen zentral- und osteuropäischen Staaten nur schwer einen Absatz für Waren von oft geringerer Qualität finden können. Sie beschweren sich im übrigen darüber, daß die Kredite, die der Westen der Sowjetunion ihrer Meinung nach „so überaus großzügig“ gegeben hat, diese Tendenz noch dramatisch verstärken.

Radikale Maßnahmen wie etwa die polnische Schocktherapie mit ihrer Preisfreigabe haben zwar die Läden gefüllt, nicht aber die Mägen. In manchen Ländern geht es vielen Menschen wirtschaftlich schlechter, während einige sich innerhalb kürzester Zeit unglaublich bereichert haben. Besonders ärgerlich ist, daß diese Neureichen oft aus den bürokratischen Machtstrukturen des alten Regimes stammen. Sie nutzen ihren Wissensvorsprung aus, um sich in der allgemeinen Unsicherheit der Übergangszeit große materielle Vorteile zu verschaffen. Dies aber führt zu neuen Spannungen und läßt viele Bürger am Sinn der neuen Ordnung zweifeln.

Erschreckend sind auch die Umweltschäden, die das frühere Regime überall in Ost-europa angerichtet hat. Extreme Fälle sind das Gebiet um den Aral-See oder Nordwestböhmen, wo Tausende von Menschen erkrankt sind. Die sozialistische Arbeits-teilung hatte den einzelnen Regionen vorgeschrieben, was sie produzierten, dies, ohne im geringsten Rücksicht auf die natürlichen Gleichgewichte und die Umweltverträglichkeit zu nehmen. Das ganze Ausmaß an Zerstörung durfte wohl erst allmählich in das Bewußtsein der Menschen rücken.

Auch gesamtwirtschaftlich betrachtet ist zu befürchten, daß es überall schlechter gehen wird, bevor es bessergehen kann. Zu den materiellen Problemen treten die psychologischen, geistigen und moralischen Schwierigkeiten. Die kommunistische Herrschaft hat das moralische Empfinden, die Wertvorstellungen vieler Menschen zerrüttet, die Selbstachtung wie die Achtung vor anderen. Viele wissen nicht, an was sie sich halten, was sie glauben und wem sie glauben sollen. Woran soll sich die Gesellschaft angesichts einer total diskreditierten Vergangenheit halten? Mangelndes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Möglichkeit einer besseren Zukunft

kennzeichnen die Haltung vieler Menschen. Gegenseitiges Mißtrauen prägt den Umgang, ein Mißtrauen, das auch von eher radikalen Entkommunisierungskampagnen, wie sie etwa das Durchleuchtungsgesetz in der Tschechoslowakei bewirkt, nicht beseitigt werden kann. Im Gegenteil: Solche Kampagnen fachen das Mißtrauen immer wieder an, lassen Rachegelüste zur dominierenden Kraft werden, wo Versöhnung und Heilung gefragt wären.

Gefahren, die sich aus einem wirtschaftlichen Scheitern ergeben könnten.

Die großen wirtschaftlichen Probleme, denen die osteuropäischen Staaten ausgesetzt sind, stellen eine große Gefahr für den politischen Wandel in diesen Ländern dar. Natürlich ist die Lage unterschiedlich ernst in den einzelnen Ländern. Besonders schlimm sind die wirtschaftlichen Zustände in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder in Albanien oder auch in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen ehemaligen Jugoslawien. Nicht viel rosiger ist die Lage in Rumänien oder Bulgarien. Den drei zentraleuropäischen Ländern Polen, Tschechoslowakei und Ungarn geht es hier vergleichsweise viel besser. Die wirtschaftliche Lage spiegelt sich auf politischer Ebene wider. Besonders prekär scheint der Demokratisierungsprozeß in den Staaten, die die ehemalige Sowjetunion bildeten. Aber auch Länder wie Bulgarien oder Albanien, die jetzt endgültig dem Kommunismus den Rücken gekehrt zu haben scheinen, haben keineswegs ipso facto eine funktionierende Demokratie. In Rumänien bleibt noch manches unklar, und auch die zukünftige Ausrichtung der meisten Teile des früheren Jugoslawiens ist nicht ersichtlich. Die solideste Basis für eine lebensfähige Demokratie dürfte in den drei zentraleuropäischen Ländern existieren. Aber sogar hier besteht die Gefahr, daß wirtschaftlicher Mißerfolg eine zunehmende Abkehr von den immer noch zerbrechlichen demokratischen Strukturen bewirken könnte.

Ich möchte hier nur einige der Gefahren aufzählen, die sich aus einem Scheitern der wirtschaftlichen Sanierung und Stabilisierung ergeben könnten:

- Das Vertrauen in demokratische Regierungsformen schlechthin könnte schwinden.
- Es könnte eine Nostalgie für die früheren Zeiten und damit für autoritäre Regierungsformen entstehen: Eine zunehmend große Zahl von Menschen könnte zur Überzeugung gelangen, daß es ihnen früher zwar nicht gut, aber doch besser als jetzt gegangen sei und daß damals wenigstens das Existenzminimum gesichert gewesen sei.
- Apparatschiks des alten Systems könnten die Situation ausnutzen und die Unzufriedenheit bewußt schüren. Sie könnten für derlei Aktivitäten eine neue Identität verwenden oder sogar unverhüllt ihre alte Identität.
- Allerlei Populisten, Heilsverkünder und Rattenfänger könnten einen fruchtbaren Boden für ihre Sprüche und Versprechen finden.
- Nationalismus, gepaart mit Antisemitismus und allgemeinem Fremdenhaß, könnte in diesem Klima der Resignation und des Nihilismus gedeihen. Die ethnischen Konflikte könnten sich dramatisch verschärfen.
- All dies könnte auch zu massiven Bevölkerungsbewegungen führen; der Westen könnte von Millionen von verzweifelten Menschen überflutet werden.

Eine historische Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft

Die wirtschaftliche Revitalisierung und Stabilisierung Zentral- und Osteuropas muß vor allen Dingen von den Ländern dieser Region selbst bewerkstelligt werden. Der Westen kann diesen Prozeß nur unterstützen, fördern; er kann punktuell eingreifen, er kann helfen, Lücken zu schließen, aber er kann nicht an die Stelle der Verantwortlichen dieser Länder treten.

Es ist wichtig, daß den Ländern Osteuropas dies deutlich gemacht wird. Denn oft bestehen überzogene Erwartungen, was die mögliche Rolle des Westens anbelangt. Nicht nur viele Bürger, sondern auch viele politische Verantwortliche in diesen Ländern haben eine nicht sehr realistische Vorstellung von dem, was die Europäische Gemeinschaft zur wirtschaftlichen Genesung Osteuropas beizutragen vermag. Viele Osteuropäer halten die westlichen Möglichkeiten für unbegrenzt. Der Westen,

so meinen sie, könne, falls er nur wolle, alle ihre Probleme im Handumdrehen lösen. Zentral- und Osteuropa ist für die Europäische Gemeinschaft, trotz der geographischen Nähe, ein relativ unbekanntes Gebiet. Der Kalte Krieg, die Ost-West-Spaltung hatten bewirkt, daß es kaum Interaktionen zwischen Ost- und Westeuropa gab. Geopolitische Interessen bestimmten das Verhältnis. Osteuropa war kein Betätigungsgebiet für die Europäische Gemeinschaft. Der RGW war ein geschlossenes System, das sich nicht für Kontakte mit der Europäischen Gemeinschaft interessierte.

Die Entwicklung in Zentral- und Osteuropa ist die vielleicht größte Herausforderung, die die Europäische Gemeinschaft je gegenübergestanden hat. Es geht um die Zukunft des gesamten Kontinents. Soll aus Europa ein Ort des Friedens und des Wohlstandes werden oder ein Ort der Zerrissenheit, der Gegensätze, der Spaltung? Eine große Verantwortung kommt auf uns zu. Wir werden, ob wir dies wollen oder nicht, das Schicksal Europas mitbestimmen. Von unserem Denken und unserem Handeln wird es abhängen, was aus Gesamteuropa wird.

Diese äußere Herausforderung fällt zusammen mit der inneren Entwicklung der Gemeinschaft, mit der Vollendung ihrer politischen und wirtschaftlichen Einheit. Manch einer mag bedauern, daß sich der innere Prozeß nicht so in Ruhe vollziehen kann, wie er sich dies vorgestellt hat. Doch genausogut kann man die osteuropäische Herausforderung als belebendes Element verstehen, als etwas, was den inneren Prozeß bereichert, ihm eine neue und höhere Qualität verleiht, diesen Prozeß davor bewahrt, einseitig, ja autistisch zu werden.

Welche Art von Gemeinschaft möchte die EG werden? Eine auf sich zurückgezogene, nach innen blickende, oder eine nach außen schauende Entität? Es stellt sich somit die Frage nach der Rolle der Europäischen Gemeinschaft nicht nur in Europa, sondern in der Welt. Mehr als ein gemeinsam beschlossener Prozeß, mehr als irgend ein Vertrag könnte die Notwendigkeit, sich mit dem östlichen Teil Europas auseinanderzusetzen, auf ihn einzugehen, in konkrete Interaktionen mit ihm zu treten, die innere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft beeinflussen, vorantreiben, beschleunigen. Die Europäische Gemeinschaft muß zeigen, daß sie diesen vitalen Herausforderungen gewachsen ist.

Weshalb die Europäische Gemeinschaft Osteuropa helfen muß

Hilfe für Zentral- und Osteuropa ist ein Gebot sowohl der Moral wie der Vernunft. Man kann zwischen mindestens vier Dimensionen oder Imperativen unterscheiden: Der moralische Aspekt: Es geht um eine neue Solidarität im neuen Europa. Nichts würde unser Nichtstun rechtfertigen, nachdem die äußeren Schranken weggefallen sind, die uns jahrzehntelang gehindert haben, am Schicksal unserer östlichen Nachbarn teilzuhaben. Nach den Jahrzehnten der Unterdrückung, der Angst und der Entbehrung haben die Bürger in Osteuropa ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Als Hohn mußten es die Menschen im Osten empfinden, wenn sich die alte politische Teilung in Form eines dauerhaften Wohlstandsgefälles reproduzieren würde. Für uns käme dies einem moralischen Versagen gleich.

Der politische Aspekt: Noch ist die Demokratie in den östlichen Ländern nicht gefestigt, noch hat sich keine neue politische Kultur etabliert, noch besteht die Gefahr eines Rückfalls in alte, unselige Gewohnheiten. Ein solcher Rückfall hätte auch negative Auswirkungen auf unser eigenes politisches Modell. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen politischen Raumes würde in weite Ferne rücken.

Der wirtschaftliche Aspekt: Im neuen, permeablen Europa wird sich die wirtschaftliche Not eines Teiles negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des anderen Teiles auswirken. Wir können uns nicht mehr wie in der Vergangenheit vom Rest Europas abschotten, nicht im Westen eine Insel der Glückseligen schaffen, während der Osten in der wirtschaftlichen Misere versinken würde.

Der strategische Aspekt: Die Destabilisierung Osteuropas könnte eine Destabilisierung ganz Europas nach sich ziehen. Militärische Konflikte könnten immer weitere Teile Europas erfassen. Neue totalitäre Regime könnten ihr Heil in militärischer Aufrüstung und territorialer Expansion suchen. Die so mächtig scheinende Logik der Abrüstung und Vertrauensbildung der vergangenen Jahre könnte in ein neues Wettrüsten und eine neue strategische Instabilität umschlagen.

All dies zeigt, daß Hilfe genauso sehr in unserem Interesse liegt wie im Interesse derjenigen, denen sie zuteil werden soll. Die Schwäche dieser Staaten würde auch Westeuropa schwächen, ihre Stärke auch uns zugute kommen.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für unsere unmittelbaren Nachbarn im Osten, mit denen die Europäische Gemeinschaft schon Assoziierungsabkommen abgeschlossen hat und die auf einen baldigen Beitritt zu unserer Gemeinschaft hoffen. Je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Länder in den nächsten Jahren sein werden, desto höher werden die Kosten eines späteren Beitritts für uns werden. Es liegt also in unserem wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse, diesen Ländern jetzt soviel wie möglich zu helfen, damit der zukünftige Beitritt nicht zu teuer wird.

Gleches gilt auch für die Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes, dem wir uns gar nicht entziehen können, es sei denn, wir wollten neue politische Barrieren errichten. Was wir heute versäumen, riskieren wir morgen zehn- und hundertfach bezahlen zu müssen.

Überhaupt ist es wichtig, daß wir nicht unnötig diskriminieren, nicht Osteuropa von vornherein aufteilen in Länder, die unsere Hilfe verdienen und andere, die diese Hilfe viel weniger verdienen, wir sollten nicht vor allem in geostrategischen Kategorien denken – also etwa gemäß der Frage, wer gefährdet unsere Sicherheit, wer nicht, oder wo könnten die größten Flüchtlingsströme herkommen –, d.h. wir sollten nicht Teile Osteuropas auf Kosten anderer privilegieren. Es gibt Stimmen, die meinen, daß Teile der früheren Sowjetunion wichtiger sind als andere, z.B. die Staaten, die über Atomwaffen verfügen, oder daß die Ukraine viel bedeutsamer für uns sei als andere GUS-Mitglieder oder daß wir uns um die früheren zentralasiatischen Republiken nicht zu kümmern bräuchten oder daß die kleinen baltischen Staaten jetzt alleine mit ihren Problemen fertig werden sollten. Ich glaube, es wäre verfehlt, nur nach solchen eng verstandenen strategischen Kategorien vorzugehen und die Staaten zu bevorteilen, die die vermeintlich größte Gefährdung für uns darstellen, oder die, die unserem Herzen am nächsten sind, oder die, die sich am wohlwollendsten verhalten. Stabilität in Europa kann nur dann gewährleistet werden, wenn sämtliche Teile Europas stabil sind.

Ziele der westlichen Hilfe

Die Unterstützung, die die Europäische Gemeinschaft Zentral- und Osteuropa zukommen läßt, kann nicht schwerwiegende quantitative Defizite wie etwa einen Produktionsrückgang in diesen Ländern kompensieren. Sie kann nicht Strukturen umbiegen und eine eventuell verfehlte Wirtschaftspolitik korrigieren. Vielmehr kann diese Hilfe nur Anreiz sein, Akzente setzen, eine Dynamik schaffen. Sie kann ermutigen, eine Bewegung verstärken oder beschleunigen, einen qualitativen Impakt haben, richtungsweisend wirken. Sie kann das Engagement der Europäischen Gemeinschaft zeigen, deutlich machen, daß man Osteuropa nicht seinen Problemen überläßt. Ziel der Hilfe muß sein, nicht neue Dependenz, sondern die Fähigkeit zur Interdependenz, zur produktiven Interaktion zu schaffen. Angestrebt werden muß die makroökonomische Stabilisierung dieser Länder.

Wichtig ist auch psychologisches Fingerspitzengefühl, die Fähigkeit, sich in die Schwierigkeiten dieser Länder hineinzuversetzen, ihre Bedürfnisse zu verstehen, in partnerschaftlicher Weise auf sie zuzugehen. Dazu ist es notwendig zu verstehen, wie verletzlich die Menschen in diesen Ländern sind, wie unsicher, wie fragil auch die Gesellschaft auf der Suche nach einer neuen Identität. Wir sollten uns deshalb hüten, unsere Rezepte zu oktroyieren, unsere Denkkategorien überzustülpen, unsere Vorstellungen eines gediegenen gesellschaftlichen Seins auf die anderen zu projizieren.

Welche Art von Hilfe sollte die Europäische Gemeinschaft anbieten?

Unterstützung für Osteuropa kann reichen von Krediten, die ohne weitere Engagement gegeben werden, bis zur Aufnahme in die eigene Gemeinschaft. Finanzielle Hilfe kann bei Investitionen gegeben werden, beim lebensnotwendigen Aufbau einer modernen Infrastruktur. Der Westen kann helfen bei der Privatisierung

und bei der Umstellung von obsoleten Produktionszweigen auf aussichtsreiche Bereiche und im allgemeinen vom militärischen auf den zivilen Bereich. Wir können helfen bei der Ausbildung von Fachkräften, z.B. indem wir jungen Universitätsabsolventen einen Lehrgang in westlichen Banken und Firmen ermöglichen oder auch im Lande selbst beim Aufbau eines modernen Bankensystems. Wir können helfen durch Umschuldung und Schuldennachlaß. Wir können helfen, die schlimmsten Umweltschäden zu reparieren.

Einen äußerst wichtigen Beitrag können wir leisten, indem wir denjenigen osteuropäischen Staaten, die über große natürliche Ressourcen wie Öl, Gas, Mineralien usw. verfügen, technologische Hilfe zukommen lassen, die es ihnen erlaubt, diese Ressourcen besser zu nutzen. Dies betrifft vor allem Staaten der ehemaligen Sowjetunion, also Gebiete, denen es trotz dieser Bodenschätze im Augenblick am schlechtesten geht.

All dies tut die Europäische Gemeinschaft auch schon. Wir können es aber noch intensiver betreiben, uns stärker engagieren. Die Assoziierungsabkommen liefern hierfür eine solide Basis, besonders im Bereich der Förderung von Investitionen. Einige haben eine Art Marshall-Plan für Osteuropa gefordert. Sie meinen, die derzeitige Hilfe würde ihren Zweck nicht erreichen, weil sie tropfchenweise verabreicht wurde, zu unkoordiniert sei, zu unstet und sie deshalb versickere, ohne einen größeren Effekt zu erzielen. Ein integrierter, großherziger Plan hingegen könnte eine fundamentale Veränderung der Lage bewirken, ähnlich dem, was der Marshall-Plan vor viereinhalb Jahrzehnten erreicht habe.

Ich glaube, daß ein Vergleich mit dem Marshall-Plan nicht ganz gerechtfertigt ist. Ende der vierziger Jahre galt es, die westlichen Nationalökonomien wieder in Schwung zu bringen, ihre Lebensgeister zu wecken, die Dynamik anzufachen. Man konnte hierbei vor allem auf eine psychologische, ideologische, intellektuelle und institutionelle Kontinuität aufbauen. In Osteuropa jedoch hat es einen tiefen Bruch mit der Vergangenheit gegeben. Es gibt kaum etwas, an das man anknüpfen könnte, auch dann nicht in den meisten Ländern, wenn man mehr als ein halbes Jahrhundert zurückblickt. Weder die Strukturen noch die Köpfe sind in der Lage, eine einzige massive Hilfe produktiv zu verwenden. Dies bedeutet, daß Hilfe nur dann sinnvoll ist, wenn sie behutsam auf die Bedürfnisse, die Möglichkeiten und Zwänge der einzelnen Länder eingeht, wenn sie langfristig konzipiert ist und sorgfältig angewandt wird.

Manche meinen, die einfachste und wirksamste Lösung für die wirtschaftlichen Probleme Osteuropas sei die Aufnahme dieser Länder in die EG. Auf den ersten Blick scheint dies in der Tat eine logische Lösung. Wir kommen jedoch nicht umhin zu fragen, wie sich eine solche Erweiterung auf die EG auswirken würde und welche Folgen sie für die neuen Mitgliedstaaten hätte. Es genügt nicht, in rein geometrischen oder quantitativen Kategorien zu denken. Eine Erweiterung der EG könnte weitreichende Folgen haben, eine neue, nicht unbedingt höhere Qualität der Integration schaffen und an den Lebensnerv der Gemeinschaft röhren. Dies gilt schon für eine Ausweitung auf europäische Staaten mit vergleichbaren Volkswirtschaften. Es gilt in viel stärkerem Maß für eine Ausdehnung auf Staaten mit ganz anders situierter Nationalökonomie. Eine falsch konzipierte, falsch ausgeführte Erweiterung könnte sogar das Todesurteil für die Europäische Gemeinschaft bedeuten, jedenfalls für die Europäische Gemeinschaft, wie wir sie bislang begriffen und wie sie der Vertrag über die Europäische Union vorsieht. Dies bedeutet, daß eine übereilte Erweiterung nicht nur nicht im Interesse der derzeitigen EG-Mitglieder, sondern ebenfalls nicht im Interesse der Kandidaten wäre. Am Ende wären alle schlechter dran. Nur Gegner der Europäischen Gemeinschaft innerhalb wie außerhalb Europas könnten Gefallen an einem solchen Halsüber-Kopf-Vorgehen finden.

Wir sollten überlegt an diese Fragen herangehen, sorgfältig abwägen und nach dem Preis für jeden Schritt fragen. Eine Erweiterung auf Zentral- und Osteuropa kann, falls sie sinnvoll sein soll, nur ein langfristiger, allmählicher Prozeß sein. Einige mögen nie Mitglieder werden, weil die EG sie, allein schon ob ihrer schieren Größe, nicht verdauen kann, andere können dies nur in Jahren oder sogar Jahrzehnten werden. Auf jeden Fall muß eine Vertiefung und Verstärkung Schritt halten mit einer Erweiterung. Dies ist in der Theorie einfach, in der Praxis jedoch äußerst schwierig

zu bewerkstelligen. Auch ohne Erweiterung ist es schon schwer genug, eine Vertiefung zu erreichen, auch ohne Erweiterung sind starke Kräfte der Auflösung am Werke. Diese Kräfte könnten durch eine falsch angegangene Erweiterung mächtigen Auftrieb erhalten.

Die Europäische Gemeinschaft ist selbstverständlich nicht die einzige Organisation, die eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung Europas zukommt. Die KSZE, der Europarat, die OECD, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, aber auch die NATO und die WEU werden hier eine Rolle spielen. Hier kommt es darauf an, auf der Grundlage bestehender und eventuell neu zu gründender Institutionen ein kohärentes Gefüge sich gegenseitig ergänzender und wenn möglich ineinander greifender Strukturen zu schaffen, die das gesamte Spektrum aktueller wie möglicher funktionaler politischer, wirtschaftlicher und strategischer Bedürfnisse abdecken. Im politischen wie im ökonomischen Bereich wird die Europäische Gemeinschaft, im sicherheitspolitischen Bereich – zumindest für eine absehbare Zeit – das Atlantische Bündnis den Kern dieses Gefüges bilden. Dies wird auch so von unseren osteuropäischen Partnern gesehen und gewollt.

Zum Schluß möchte ich noch einmal betonen, daß es bei unserem Engagement für Osteuropa nicht vor allem darum geht, Nationalökonomien aufzupäppeln, zu stabilisieren und zu revitalisieren – obschon dies auch ein wichtiges Ziel an sich ist –, als vielmehr darum, dem Kontinent den Weg ins nächste Jahrhundert zu ebnen, ihm eine Chance zu geben, diesen Weg in Frieden und Freiheit zu beschreiten.

Wenn auch unsere Möglichkeiten begrenzt sind angesichts des Ausmaßes der Probleme, so müssen wir doch alles daransetzen, um diese historische Aufgabe zu bewältigen. Wir müssen für diese Aufgabe Opfer bringen, auch wenn diese Opfer schmerhaft sind, auch wenn es im eigenen Hause genug zu tun gibt, auch wenn unsere eigene Wirtschaft nicht mehr so florieren sollte wie bislang. Natürlich braucht die Europäische Gemeinschaft dabei die Mithilfe der anderen westeuropäischen Länder, aber auch der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans etwa.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, das Schicksal Europas mitzugestalten, nachdem wir Jahrzehntelang zur Untätigkeit verdammt gewesen sind, nur eindämmen und abschrecken konnten. Jetzt und hier kann die Europäische Gemeinschaft beweisen, was sie zu leisten imstande ist.

Würde Osteuropa in seinen Reformvorhaben, in seinem Prozeß des Systemwandels scheitern, so wären die Kosten, auch die wirtschaftlichen Kosten dieses Scheiterns unvergleichlich höher als die Kosten jeglicher Hilfe, die wir diesen Ländern jetzt zukommen lassen mögen. Würde die Demokratie in den Ländern Zentral- und Osteuropas jetzt zusammenbrechen, so wäre die Revolution umsonst gewesen. Ein solches Scheitern könnte die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit ersticken und damit die beseelende Kraft, die in vielen während der Jahrzehnte der Fremdbestimmung geblieben war. Zurück blieben Resignation und Apathie, die Bereitschaft, sich in das zu fügen, was auch immer kommen möge.

Gefährlich wäre es zu meinen, die Bewegung zur Demokratie hin wäre unvermeidlich, unaufhaltsam und unumkehrbar. Die Geschichte bietet Optionen. Europa und vor allem die Europäische Gemeinschaft dürfen ihre Chance nicht verspielen.

Ich danke Ihnen.

